

Nr. 1 · März 2013 · Jahresbericht 2012

infoDISG
Informations-Magazin

Wir arbeiten für Menschen

Die Dienststelle Soziales und Gesellschaft erfüllt zu einem grossen Teil gesetzliche Aufgaben. Über Projekte und Ziele legen wir per Ende Jahr Rechenschaft ab. Der Blick hinter die nackten Zahlen von Dossiers und Statistiken zeigt Menschen und Schicksale, mit denen sich unsere Mitarbeitenden befassen. Darin liegt ein Sinn unseres Jahresberichts, der somit bestimmt keine trockene Lektüre bietet.

Die Dienststelle Soziales und Gesellschaft DISG mit ihren vielfältigen, weitgehend gesetzlichen Aufgaben ist in Vielem ein Gradmesser für akute oder latente Probleme in der Bevölkerung. Unsere Mitarbeitenden begegnen in ihrer täglichen Arbeit immer wieder neuen sozialen und gesellschaftlichen

Problemen. Da gilt es zu überlegen, ob diese als Einzelfälle oder als Hinweis auf neue Tendenzen zu werten sind und wie allfällige Fehlentwicklungen korrigiert werden könnten. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden, andern Dienststellen und Organisationen versuchen wir immer wieder Lösungen für alte und neue Probleme zu finden. Dass die Kompetenzen der Abteilungen der DISG gefragt sind, zeigt etwa unsere Mitarbeit bei der Einführung neu gewählter Sozialvorsteherinnen und Sozialvorsteher durch den Verband Luzerner Gemeinden, die im Herbst 2012 wiederum stattgefunden hat.

Von Kinderbetreuung ...

Die Fachstelle Gesellschaftsfragen beschäftigt sich mit Auswirkungen

Fachstelle Gesellschaftsfragen
Integration, Gleichstellung, Partizipation 3

Fachstelle Kinderschutz
Veränderung 5

Abteilung Opferhilfe
Opferhilfe ist komplex und anspruchsvoll 6

Opferberatungsstelle
Pikettdienst – rasche Hilfe für Betroffene 7

Abteilung Soziale Einrichtungen
Spardruck kontra Innovationsbedarf 8

Abteilung Sozialhilfe
Asylzentren planen – Sozialhilfe revidieren 9

Zentrale Dienste und Finanzen
Gute Ausbildung dank Aufgabenvielfalt 11

Personalien · Nachrichten 12

gesellschaftlicher Entwicklungen. Heute suchen z.B. viele Eltern Wege, wie Mutter und Vater Berufs- und Familienarbeit vereinbaren können. Eine wesentliche Frage ist dabei, ob die Betreuung der Kinder zufriedenstellend organisiert werden kann. Die Fachstelle befasst sich damit und entwickelt konkrete Hilfsmittel.

Die neue Website www.kinderbetreuung.lu.ch ist ein Beispiel dafür.

... über Opferhilfe ...

Im Sommer 2012 wurde der Bericht «Kinderheime im Kanton Luzern im Zeitraum 1930 – 1970» vorgelegt. Er zeigt auf, wie und warum Kinder und Jugendliche in den Heimen Gewalt erlebt haben. Wenn ich heute die Statistik der Opferberatungsstelle und der Abteilung Opferhilfe und Kinderschutz anschau, sehe ich, dass Gewalt und Übergriffe auf Kinder, Frauen, unter Jugendlichen keineswegs verschwunden sind. Die steigenden Zahlen können aber auch darauf hinweisen, dass diese Themen kein Tabu mehr sind, dass Hilfe in Anspruch genommen wird und dass sich Frauen immer mehr gegen häusliche Gewalt wehren. Es ist zu hoffen, dass eine echte Trendwende mit weniger Gewalt, wie sie in einigen Ländern feststellbar ist, tatsächlich auch unseren Kanton erreichen wird.

Der durch die Abteilung Soziale Einrichtungen erarbeitete Planungsbericht für die Sozialen Einrichtungen wurde vom Regierungsrat beschlossen und im Juni 2012 vom Kantonsrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Er zeigt auf, dass in den nächsten Jahren zusätzliche Plätze benötigt werden, vor allem für Menschen mit schwerer geistiger und mehrfacher Behinderung, aber auch für stark verhaltensauffällige Jugendliche. Der Bericht weist zudem darauf hin, dass die ambulanten Angebote ausgebaut werden müssen, um nicht zwingend notwendige Heimaufenthalte zu vermeiden. Die dringendst notwendigen Plätze konnten bereits geschaffen werden. Die Umsetzung des Planungsberichts ist angesichts der Sparvorgaben eine Herausforderung und kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten ihren Teil dazu beitragen.

... bis Pflegekosten ...

Dass das Wohnen in einer stationären Einrichtung seit der neu geregelten Pflegefinanzierung teuer ist, stellen nicht nur die Gemeinden fest. Zusammen mit Fachleuten aus Gemeinden und Alters- und Pflege-

heimen wurde in einem Projekt unter Leitung der DISG aufgelistet, wo und in welchem Umfang hohe Pflegekosten entstehen. Wie das Problem der «gerechten» Verteilung der Kosten gelöst werden kann, muss auf politischer Ebene entschieden werden.

Die Revision des geltenden Sozialhilfegesetzes aus dem Jahr 1989 wurde im vergangenen Jahr durch die Abteilung Sozialhilfe an die Hand genommen. In den letzten 20 Jahren haben sich die Schwerpunkte in der Sozialhilfe verschoben. Themen wie Integration, interinstitutionelle Zusammenarbeit und Zuständigkeiten sind heute wichtig und müssten auch im Gesetz grundlegend geklärt sein. Das Luzerner Handbuch zur Sozialhilfe, die Interpretationshilfe für die SKOS-Richtlinien, wurde wie jedes Jahr wieder auf den neusten Stand gebracht.

... und Asylsuchende

Die Zahl der Asylsuchenden ist auch 2012 nochmals gestiegen. Eine Task Force unter der Leitung des Departementssekretariats Gesundheit und Soziales prüfte Standorte für ein dringend notwendiges zweites Zentrum. Der Grossteil der Bevölkerung duldet kein Asylzentrum in der Nachbarschaft. Wir können nur hoffen, dass die Neuausrichtung der Asylpolitik auf Bundesebene eine Entspannung in den Kantonen bringt.

Was den Betrieb unserer Dienststelle angeht, ist es uns ein Anliegen, dass dieser auch in Zukunft gut funktioniert. Darauf arbeiten wir mit der Ausbildung von jungen Berufsleuten hin.

Jahresberichte sind aufschlussreich, weil sie Einblick in die tägliche Arbeit geben und gleichzeitig aufgrund der Vergleiche mit den Vorjahren Entwicklungen aufzeigen. So hoffe ich, dass wir mit dem Bericht über unsere Tätigkeit im 2012 auch Ihr Interesse wecken können.

*Irmgard Dürmüller Kohler, Leiterin Dienststelle
Soziales und Gesellschaft*

Fachstelle Gesellschaftsfragen

Integration, Gleichstellung, Partizipation

Die Fachstelle Gesellschaftsfragen sorgte auch 2012 dafür, dass abstrakte politische Schlagworte wie Vereinbarkeit oder Integration für Menschen, Gemeinden und Unternehmen einen konkreten Sinn erhalten. An Veranstaltungen brachte sie zahlreiche Leute zusammen, und sie gab Impulse zu gesellschaftlichem Engagement.

Auch 2012 waren Migration und Integration wichtige Arbeitsfelder der Fachstelle Gesellschaftsfragen (FGF). Im April wurde der Bericht «Integration im Kanton Luzern: Standortbestimmung – Handlungsbedarf – Empfehlungen» (Bezug: www.disg.lu.ch > Gesellschaftsfragen > Integration von Zugewanderten > Aktuell) veröffentlicht. Er enthält eine Bestandsaufnahme und Beurteilung der Integrationsarbeit und benennt Herausforderungen und Empfehlungen für die kommenden Jahre. An zahlreichen Veranstaltungen präsentierte die FGF die Ergebnisse kantonalen und kommunalen Verantwortlichen und weiteren Fachkreisen.

Auf der Basis dieser Auslegeordnung hat die FGF in der zweiten Jahreshälfte die Ausrichtung der Integrationsarbeit ab 2014 entwickelt. Dieses Kantonale Integrationsprogramm 2014 hat die FGF Ende Jahr dem Bundesamt für Migration zur fachlichen Vorprüfung eingereicht. Der Bund wird sich zur Hälfte an der Finanzierung des Programms beteiligen. 2013 werden wir die operative Umsetzung vorbereiten.

Deutschkurse und Netzwerke

Die Fachstelle Gesellschaftsfragen unterstützte auch 2012 vielfältige Projekte zur Förderung der Integration. Dazu gehören Angebote zur Deutschförderung, Informationsveranstaltungen oder Projekte zum Aufbau von Netzwerken zur Integrationsförderung in Gemeinden. Die Fachstelle erhielt insgesamt 61 Gesuche und konnte 47 Projekte finanziell unterstützen. In Zusammenarbeit mit und unter Federführung der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung (DBW) wurden auch 2012 wieder mit 16 Trägerschaften, die im Kanton Luzern alltagsorientierte Deutschkurse durchführen, Leistungsverträge abgeschlossen.



Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Familienfreundliche Unternehmen

Die FGF hat im vergangenen Jahr Unternehmen für familienfreundliche Rahmenbedingungen sensibilisiert und über mögliche Massnahmen informiert. Sie lancierte im August das Projekt «Familienfreundlichkeits-Check für KMU». Der Check zeigt Unternehmen, wo sie bezüglich Familienfreundlichkeit stehen, wo Verbesserungen sinnvoll und möglich sind und unterstützt sie bei der Umsetzung von Massnahmen. 13 Unternehmen aus allen Regionen des Kantons Luzern, unterschiedlicher Betriebsgrösse und aus verschiedenen Wirtschaftszweigen machen mit und sind bereit, sich anschliessend als Praxisbeispiel zu präsentieren.

Ein gemeinsames Projekt der Bereiche Gleichstellung und Kind-Jugend-Familie war die Neugestaltung der Internetplattform www.kinderbetreuung.lu.ch. Die Plattform stellt über 400 Kinderbetreuungsangebote im Kanton Luzern vor und erleichtert damit den Eltern die Suche nach einem geeigneten Platz. Zudem unterstützt die Seite mit zahlreichen Informationen Gemeinden und anbietende Organisationen in ihrer Arbeit. Neu enthält www.kinderbetreuung.lu.ch auch eine Rubrik für Unternehmen, die sich im Bereich der Kinderbetreuung engagieren möchten.



Im Auftrag der FGF wurde im Herbst 2012 zum ersten Mal eine flächendeckende Datenerhebung bei allen (Betreuungs-)Angeboten für Kinder im Vorschulalter – Kindertagesstätten, Spielgruppen, Tageseltern – im Kanton Luzern durchgeführt mit dem Ziel, eine Übersicht über den aktuellen Bestand zu schaffen. Auf dieser Grundlage kann längerfristig ein bedarfsgerechtes Angebot nachhaltig gefördert werden. Der Bericht wird im April 2013 vorliegen.

Kinder und Jugend: Förderung der Partizipation

Im Jahr 2012 konnte die FGF wiederum mit Mitteln aus dem Lotteriefonds Kinder- und Jugendprojekte unterstützen, primär solche, welche die Beteiligung, Mitwirkung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen bezwecken. Insgesamt haben 53 Organisationen und Gruppen Projektgesuche eingereicht; 41 davon wurden unterstützt. Die Fachstelle hat zudem 10 Gemeinden unterstützt, welche die Broschüre «easyvote» an die Jugendlichen verteilten.

Veranstaltungen 2012

Die Fachstelle Gesellschaftsfragen hat zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt oder an Veranstaltungen Dritter mitgewirkt. Eine Auswahl:

- Präsentationen und Diskussion des Standortberichts «Integration im Kanton Luzern» an allen vier Regional-konferenzen der Sozialvorstehenden.
- Austausch- und Informationsveranstaltung für die kommunalen Gruppen im Bereich Integration zum Thema «Verankerung der Integrationsarbeit und Möglichkeiten des verstärkten Einbezugs der Bevölkerung».
- Austausch- und Informationsveranstaltung für die kommunalen Netzwerke im Bereich Jugend zum Thema «Gemeinsam allein: Was machen wir mit dem Rückzug Jugendlicher in die digitale Welt?».
- Workshop für alle Stakeholder im Kanton Luzern im Bereich Kinderbetreuungsangebote, als Grundlage für die Überarbeitung der Internetplattform www.kinderbetreuung.lu.ch
- Workshop an der Personalleiterkonferenz der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz zum Thema «Familienfreundlichkeit in Unternehmen».
- Öffentliche Veranstaltung zum Thema «Gleichstellung ist auch Männersache» in Zusammenarbeit mit manne.ch Luzern und maenner.ch.
- Stand an der Hochzeitsmesse mit einem Impuls zu Beruf und Familie unter dem Motto «Gemeinsam Regie führen».

Diese Abstimmungshilfe des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente informiert Jugendliche vor kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen politisch neutral, in einfacher Sprache und optisch ansprechend. Sowohl dieses Angebot als auch die Unterstützung von Gemeinden, die einen «Jugendmitwirkungstag» lancieren möchten, werden 2013 weitergeführt. Beim vielfach erprobten «Jugendmitwirkungstag» erarbeiten Jugendliche und Erwachsene gemeinsam konkrete Projekte für ihre Gemeinde.

Ruth Bachmann, Abteilungsleiterin Fachstelle Gesellschaftsfragen

Fachstelle Kinderschutz Im Zeichen von Veränderung

2012 wurde die Fachstelle Kinderschutz zehn Jahre alt. Und das Jahr hat Veränderung gebracht: Die Stellenleitung liegt in neuen Händen, die Zahl der Neumeldungen ist sprunghaft angestiegen, und die Fachstelle bereitet sich auf künftige neue Schwerpunkte vor.

Die Anzahl Neumeldungen ist im Jahr 2012 stark angestiegen. Es wurden 141 Fälle erfasst, mit insgesamt 227 betroffenen Kindern. Im Vergleich zu 2011 (107 Anfragen) stellt dies eine Steigerung von 24% dar. Dies ist umso bedeutsamer, als in den früheren Jahren 2008 bis 2011 die Zahl der Anmeldungen stets bei ungefähr 100 Fällen lag (siehe Grafik).

Die Anfragen erforderten unterschiedlich intensive Interventionen – von einmaligen kurzen Kontakten bis hin zu aufwändigen Beratungs- und Kooperationsaufgaben, bei denen wir ganze Helfersysteme zur Lösungsfindung zusammengebracht haben. Bezüglich Misshandlungsform gingen 36 Anfragen zu körperlicher Gewalt ein, 49 zu sexuellen Übergriffen, 37 zu psychischen Misshandlungen und 19 Kontakte bezogen sich auf Vernachlässigung. Insgesamt neun Fälle mit sehr hohem Komplexitätsgrad wurden in der kantonalen Kinderschutzgruppe bearbeitet, die von unserer Fachstelle geleitet wird.

Prävention und Projekte

Im vergangenen Jahr beteiligte sich die Fachstelle mit Referaten und Weiterbildung in den beiden Projekten «Mein Körper gehört mir» (Wanderausstellung) und «mit-mir»-Patenschaften der Caritas Luzern.

Zum Anlass ihres 10-Jahre Jubiläums 2012 hat die Fachstelle als eigene Projekte die App «Hauapp» und eine Facebook-Seite lanciert. Damit kann sie die Zielgruppe der 13- bis 16-jährigen Jugendlichen direkt ansprechen und auf spielerische Art informieren.

Neuausrichtung und Weiterentwicklung

Mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz, das am 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist, wurden im Kanton Luzern sieben regionale Fachbehörden (KESB) geschaffen. Überschneidungen bei

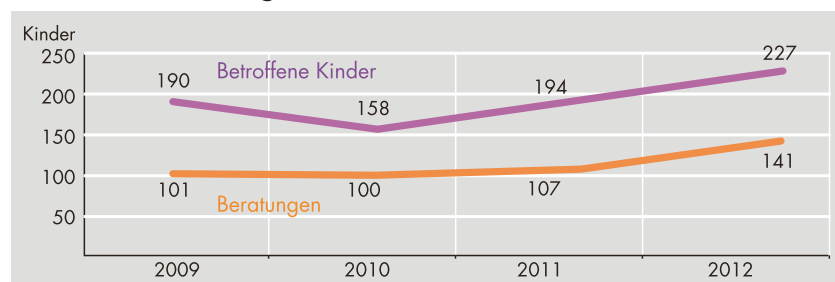
den Zuständigkeiten der KESB und den bisherigen Aufgaben der Fachstelle Kinderschutz sind zu erwarten. Deshalb wurde im Berichtsjahr vorausschauend eine Analyse zur Neuausrichtung der Fachstelle Kinderschutz erstellt. Sie führte zur Annahme, dass längerfristig ein Teil der Beratungsaufgaben (rund ein Viertel) wegfallen könnte. Der übrige Beratungsanteil – für Schulbehörden, Beratungsstellen und soziale Einrichtungen – wird voraussichtlich bestehen bleiben. Somit würde die Beratung nach wie vor Hauptaufgabe der Fachstelle Kinderschutz bleiben. Frei werdende Kapazitäten könnten gemäss vorliegender Analyse für weiterführende Präventionsprojekte genutzt werden. Eine erste Tendenz der künftigen Ausrichtung könnte bereits bis Herbst 2013 sichtbar werden.

Personeller Wechsel

Im Jahr 2012 hat ein Wechsel der Fachstellenleitung stattgefunden. Katharina Steiger hat die DISG im Juli verlassen, um eine Tätigkeit im Präsidium der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Nidwalden anzutreten. Seit Oktober bin ich als neuer Leiter der Fachstelle Kinderschutz im Amt.

Daniel Kaeser, Leiter Fachstelle Kinderschutz

Anzahl Neumeldungen und betroffene Kinder



Thematische Aufschlüsselung	2011	2012
Fälle in der Kant. Kinderschutzgruppe	11	9
Anfragen zu körperlicher Misshandlung	37	36
Anfragen zu psychischer Misshandlung	27	37
Anfragen zu sexuellen Übergriffen/Misshandlung	31	49
Anfragen zur Vernachlässigung	12	19

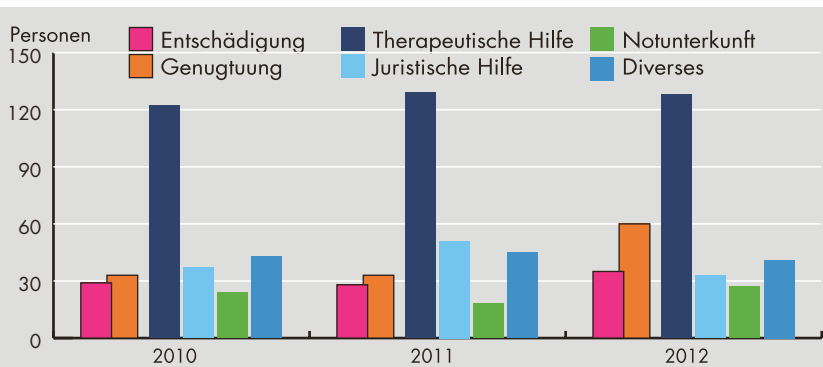
Abteilung Opferhilfe

Opferhilfe ist komplex und anspruchsvoll

Gesuche aufgrund des Opferhilfegesetzes zu bearbeiten ist das Kerngeschäft der Abteilung Opferhilfe. Routine stellt sich dabei kaum ein. Denn neue Gesetze oder die internationale Kriminalität stellen hohe Anforderungen, und neue Dienstleistungen für Gemeinden bringen Abwechslung.

Kerngeschäft der Abteilung Opferhilfe war auch 2012 die Bearbeitung der Gesuche um Entschädigung, Genugtuung oder Kostengutsprache für Hilfeleistungen Dritter. Eingereicht wurden 35 Entschädigungsgesuche (Vorjahr 28), 60 Genugtuungsgesuche (Vorjahr 33) und 229 Gesuche um Kostengutsprache (Vorjahr 243) (siehe Grafik). Mit 1 253 250 Franken wurde 2012 geringfügig weniger ausgegeben als 2011 (1 286 100 Franken), wobei die Beiträge an längerfristige Hilfeleistungen leicht gestiegen sind – bei rückläufigen Entschädigungs- und Genugtuungszahlungen. In 21 Dossiers konnte von Tätern und anderen Haftpflichtigen durch Regressforderungen mit total 64 800 Franken zumindest ein kleiner Teil der Ausgaben wieder eingebracht werden.

Gesuche
2010-2012



Komplexe Fälle erfordern Kooperation

Aus der Beurteilung der Gesuche und der Zusammenarbeit mit verschiedenen Fachstellen ergeben sich immer wieder Fragen, die eine übergeordnete Koordination und eine Abgleichung der Lösungen mit den anderen Kantonen erfordern. Die Abteilung Opferhilfe ist in verschiedenen Arbeitsgruppen der SVK (Schweizerische Verbindungsstellen-Konferenz Opferhilfe, ein Untergremium der SODK) vertreten, wo die Situation der Opfer infolge der neuen Strafprozessordnung erörtert wird. In einer weiteren na-

tionalen Arbeitsgruppe ist die Zusammenarbeit und Finanzierung der Frauenhäuser Thema.

Internationale Kriminalität

Die Opferhilfe bekommt auch Auswirkungen der zunehmenden Mobilität zu spüren, macht doch die internationale Kriminalität vor der Schweizer Grenze nicht Halt. Auch im Kanton Luzern wurden Frauen aus Osteuropa, Asien, Afrika oder Südamerika Opfer von Menschenhandel und sexuell ausgebeutet. Die betroffenen Frauen stehen meist vor komplexen Problemen, und verschiedene Stellen sind in die jeweiligen Fälle involviert. Bereits die örtliche Zuständigkeit für die Führung der Strafverfahren kann Fragen aufwerfen; die Zuständigkeit für den Erlass einer Aufenthaltsbewilligung oder für die Finanzierung von opferhilferechtlichen Leistungen und des Lebensunterhalts haben immer wieder zu Problemen geführt. Auf kantonaler und nationaler Ebene sind deshalb Bestrebungen im Gang, angemessene Antworten auf solche Fragen zu finden. Das neue Gesetz über den Zeugenschutz und weitere gesetzliche Anpassungen, die ab 2013 in Kraft sind, können in einzelnen Fällen neue Lösungsansätze bringen.

Rechtsdienst für Gemeinden

Bereits im zweiten Jahr haben wir 2012 mit der Fachberatung Soziales juristische Anfragen von Gemeinden im Bereich des Sozialhilferechts beantwortet. Das Einreichen der Anfragen per E-Mail an fachberatung.soziales@lu.ch funktionierte gut, und eine Antwort lag in der Regel innert zwei Arbeitstagen vor. 2012 wurden 308 Anfragen von 51 verschiedenen Gemeinden beantwortet; dies ist ein merklicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr mit 213 Anfragen.

2012 haben wir in unserer Abteilung mit drei Juristinnen den Rechtsdienst für die DISG eingerichtet. Wir wurden beispielsweise bei Stellungnahmen, für die Formulierung von Verträgen, für Fragen aus der Pflegeheimplanung oder dem Datenschutz um rechtliche Unterstützung gebeten – für uns eine vielseitige neue Arbeit.

Andrea Heri Black, Abteilungsleiterin Opferhilfe

Opferberatungsstelle Pikettendienst – rasche Hilfe für Betroffene

Die Opferberatungsstelle hat das Intake professionalisiert und einen Pikettendienst aufgebaut. Jeweils eine Beraterin ist ausschliesslich für neue Meldungen zuständig. So finden Betroffene rasch und unkompliziert Hilfe, und die steigenden Beratungszahlen sind besser zu bewältigen.

2012 wurden total 1135 Personen neu in die Beratung aufgenommen (siehe Grafik). Die Anfragen und Meldungen gelangen auf unterschiedlichen Wegen an die Opferberatungsstelle. Ist die Polizei bereits involviert, wird die Meldung mit Einverständnis des Opfers direkt an uns gefaxt. Die Pikettverantwortliche tätigt dann je nach Situation erste Abklärungen bei der Polizei oder dem Opfer. Sie entscheidet über Dringlichkeiten, ob etwa der Schutz einer Person im Vordergrund steht, und sie achtet auf das Einhalten von Fristen.

Alle Anfragen, ob telefonisch, per Mail oder am Empfangsschalter, beantwortet die Pikettverantwortliche unmittelbar und entscheidet, ob eine ausführliche Beratung im Gespräch nötig oder von Vorteil ist. Sie stellt die eingegangenen Meldungen in der gemeinsamen Fallverteilung vom nächsten Morgen dem Team vor. Damit endet die Zuständigkeit der Pikettverantwortlichen für das neue Dossier.

Telefonische Erreichbarkeit

Die meisten Anfragen gelangen per Telefon an uns. Im Jahr 2012 waren dies etwa 850, wobei sich die Betroffenen in den meisten Fällen selber meldeten, in kleinerer Zahl waren es Angehörige oder beteiligte Fachpersonen. Der telefonischen Erreichbarkeit wird deshalb hohe Priorität eingeräumt. Eine erste fachlich kompetente Beratung wird durch die Pikettverantwortliche unmittelbar gewährleistet.

Oft stellt bei einem telefonischen Erstkontakt bereits die Sprache eine erste Hürde dar. Wir beraten Menschen aller Nationalitäten. Anrecht auf Beratung haben alle betroffenen Menschen, die entweder zum Zeitpunkt der erlittenen Straftat Wohnsitz in der Schweiz hatten, oder, bei Wohnsitz ausserhalb der Schweiz, wenn die Straftat in der Schweiz ausgeübt wurde. Steht eine Beratung mit einer fremdspra-

chigen Person an, organisiert der Pikettendienst eine Dolmetscherin beim Dolmetschdienst Zentralschweiz.

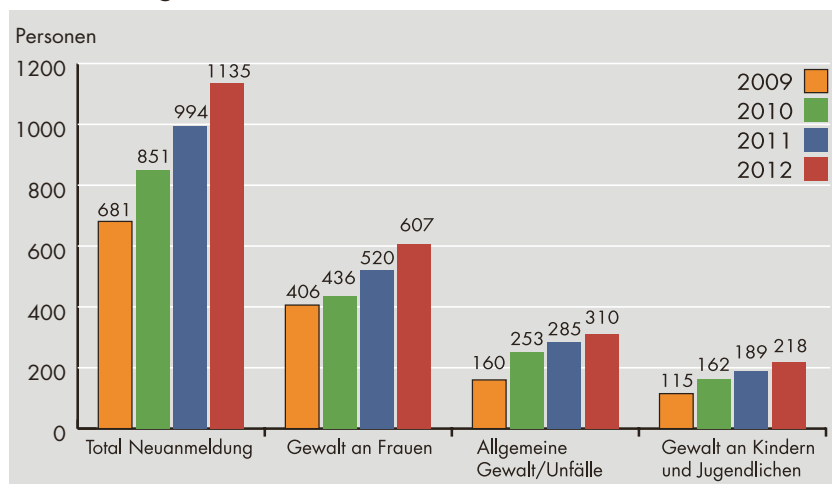
Schwerpunkt Gewalt an Frauen

Die vorgefallenen Straftaten sind mannigfaltig, manchmal soeben geschehen, manchmal bereits vor längerer Zeit. So weiss die Pikettverantwortliche nie, was sie beim nächsten Telefonanruf erwartet, welche Geschichte und damit verbundenen Emotionen und Bedürfnisse bei der anrufenden Person im Mittelpunkt stehen. Schwerpunkt bei der Gewalt an Frauen ist die Problematik von Häuslicher Gewalt; dies war das Thema bei rund vier von fünf oder knapp 500 Neumeldungen aus diesem Bereich. Bei Gewalt an Unmündigen steht sexuelle Ausbeutung im Zentrum; bei noch sehr jungen Kindern stammt die Täterschaft mehrheitlich aus dem engen Familiensystem, bei älteren Kindern und Jugendlichen eher aus dem weiteren sozialen Umfeld.

Die meisten neuen Anfragen erreichten uns 2012 im Januar (114 Neumeldungen). Spitzenmonate sind meist März, Juni und November. Bei den Minderjährigen zeichnen sich Spitzen direkt vor und nach den Schulferien ab.

Brigitte Knüsel, Abteilungsleiterin Opferberatungsstelle

Neumeldungen 2009-2012



Abteilung Soziale Einrichtungen

Spardruck kontra Innovationsbedarf

Im Juni 2012 gab der Kantonsrat mit seinem Ja zum Planungsbericht für die sozialen Einrichtungen grünes Licht zur Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen. Und der Regierungsrat hat für 2013 allen Departementen einen Sparauftrag erteilt. Eine schwierige Ausgangslage für das Aushandeln der Leistungsvereinbarungen mit den Institutionen!

Der Planungsbericht über die sozialen Einrichtungen (siehe Box Seite 9) weist in verschiedenen Bereichen einen Mehrbedarf aus. Die 31 vom SEG (Gesetz über soziale Einrichtungen) anerkannten Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen oder Kinder und Jugendliche werden von Kanton und Gemeinden je hälftig finanziert. Nun sind aber die Mittel bei beiden Kostenträgern knapper geworden, was Einschränkungen bei den Ausgaben verlangt. Für die Abteilung Soziale Einrichtungen, die mit den Institutionen die Leistungsvereinbarungen ausarbeitet, war diese Vorgabe eine Herausforderung: Sparen – und gleichzeitig bei den Träger-schaften mehr Leistungen einfordern.

Heimbereich weiterentwickeln

Nicht nur in der Privatwirtschaft, auch im Heimbereich sind mutige Schritte zur Veränderung gefragt. Der Planungsbericht zeigt Ansätze dafür auf: Durch Prävention und die vermehrte Nutzung von ambulanten Angeboten sollen stationäre Platzierungen minimiert werden. Die Angebote müssen durchlässiger, die Finanzierung flexibler werden.

Wir konnten feststellen, dass bereits 2012 verschiedene Trägerschaften bereit waren, sich der Herausforderung zu stellen, Sparmöglichkeiten zu überlegen und Synergien zu schaffen. Sie überdenken ihre Kernaufgaben, hinterfragen pädagogische Konzepte und passen ihre Leistungen an heutige Bedürfnisse an. Nicht zuletzt zeigen sich solche Neupositionierungen an neuen Namen, die sich mehrere Heime gegeben haben. Insgesamt muss eine gute Betreuungsqualität beibehalten werden; dennoch kann die Senkung einzelner Qualitätsstandards kein Tabu bleiben. Die Neuerungen, die der Planungsbericht vorsieht, können auf jeden Fall nur gemeinsam und

mit viel Goodwill der sozialen Einrichtungen gelingen.

Das Unmögliche möglich machen

Sparen ist für die Einrichtungen auch deshalb schwierig, weil die Anforderungen an die Mitarbeitenden steigen – u.a. wegen zunehmender Gewalt gegenüber dem Personal und herausforderndem Verhalten einzelner Betreuer. Auch die Ansprüche von Angehörigen an die Qualität der Betreuung nehmen zu. Um massgeschneiderte Lösungen für eine Platzierung zu finden, hat unsere Abteilung 2012 mit Eltern von Menschen mit Behinderungen so viele Gespräche geführt wie in keinem Jahr zuvor.

Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, die der Planungsbericht aufzeigt und die sich auf die Arbeit der sozialen Einrichtungen auswirken, sowie die finanzpolitische Realität lassen keine nachhaltige Planung zu. Verständlich, dass die Verantwortlichen der sozialen Einrichtungen besorgt auf die Ankündigung weiterer Sparmassnahmen für 2014 reagierten. Denn für sie wie für unsere Abteilung ist es herausfordernd, sich in dieser Dynamik zu bewegen und das Unmögliche innerhalb des gegebenen Rahmens möglich zu machen.

Sparen auf wessen Kosten?

Nicht nur der Kanton, auch die Gemeinden stehen unter finanziellem Druck. Immer wieder verlangen Gemeinden, jüngere pflegebedürftige Personen von einem Pflegeheim in ein SEG-finanziertes Heim umzuplatzieren, um sich von der Restfinanzierung im Pflegeheim zu entlasten. SEG-erkannte Einrichtungen sind jedoch für Menschen mit Behinderungen eingerichtet und verfügen nicht über geeignetes Personal und spitalähnliche Infrastrukturen für Pflegebedürftige. Müssten sie sich entsprechend ausrichten, würden sich die Kosten insgesamt erhöhen. Das Problem der hohen Pflegekosten und der Schnittstellen zwischen SEG-Einrichtungen und Pflegeheimen wurde in einer Arbeitsgruppe aufgegriffen und muss nun im politischen Prozess weiter bearbeitet werden.

Unsere Abteilung bearbeitete 2012 wie im Vorjahr wieder gegen 2000 Gesuche für Platzierungen in SEG-Einrichtungen. Der Bedarf nimmt also nicht ab. Gleichzeitig gab es einen Trend zum Sparen auch bei anderen Kostenträgern: Die Invalidenversicherung, Krankenkassen, andere kantonale Departemente und die Gemeinden reduzieren ihre Leistungen auf gesetzliche Kernaufgaben, was zu Diskussionen mit den sozialen Einrichtungen und den Einweisern führte. Unsere Abteilung versucht, entstehende Angebotslücken zum Wohl von Kindern, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen zu schliessen, sofern dies finanziell vertretbar und nutzbringend ist. Aber auch wir haben uns an den politisch vorgegebenen Rahmen zu halten.

Bei den Aufsichtsbesuchen wurden als Schwerpunkte die Präventionskonzepte betreffend sexuelle

Übergriffe und das Thema Empowerment besprochen. Als Verantwortliche für die Aufsicht über die sozialen Einrichtungen wollen wir diese Aufgabe professionell wahrnehmen. Wir haben 2012 deshalb unsere Aufsichtskonzepte vom Schweizerischen Zentrum für Heil- und Sonderpädagogik überprüfen lassen. Dieses hat uns attestiert, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

John Hodel, Abteilungsleiter Soziale Einrichtungen

Planungsbericht

Der «Planungsbericht des Regierungsrates an den Kantonsrat über die sozialen Einrichtungen nach dem SEG» kann als PDF heruntergeladen werden: www.disg.lu.ch (aktuell)

Abteilung Sozialhilfe Asylzentren planen – Sozialhilfe revidieren

Neben den Alltagsgeschäften wurde 2012 die Totalrevision des Sozialhilfegesetzes gestartet. Im Asylbereich lag ein Schwerpunkt bei der Planung neuer Asylzentren. Ferner ging es um die Integration anerkannter Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommener in den Arbeitsmarkt.

Im Mai 2012 wurde das Projekt Totalrevision Sozialhilfegesetz in Angriff genommen. Eine Projektorganisation mit Projektausschuss, Projekt- und Fachgruppen hat an zahlreichen Sitzungen zunächst die Sammlung von Revisionsthemen abgeschlossen. Vertiefte Grundsatzdiskussionen haben gezeigt, dass der Weg zur Revision weit ist: Das ganze System muss überdacht werden, ebenso die Zusammenhänge zwischen einzelnen Regelungen, und es gibt zahlreiche Detailfragen zu klären. Dies erfordert von allen Beteiligten beträchtliche Investitionen an Zeit und Fachkenntnissen.

Sozialhilfehandbuch aktualisiert

Von Frühling bis Spätsommer 2012 hat eine Gruppe von Fachleuten aus der Praxis das Luzerner Handbuch zur Sozialhilfe überarbeitet und auf den aktu-

ellsten Stand gebracht. Das Handbuch wird von der DISG und dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG) herausgegeben. Ein Dank geht an alle Beteiligten für ihren grossen Einsatz!

Interinstitutionelle Zusammenarbeit

IIZ steht für die Interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen Regionaler Arbeitsvermittlung RAV, Sozialhilfe und IV-Stelle. IIZ setzt dort an, wo erwerbslose Personen aufgrund einer komplexen Problemsituation mit mehreren dieser Institutionen in Kontakt sind oder wo eine mehrfache oder unklare Zuständigkeit der Institutionen besteht. Im Jahr 2012 sind die Zahlen der für einen IIZ-Prozess angemeldeten Personen vorerst zurückgegangen. Dies hat Fragen aufgeworfen: Kann die Zusammenarbeit der involvierten Institutionen zugunsten betroffener Personen sinnvoller gestaltet werden? Gegen Ende Jahr stiegen die Anmeldungen wieder an – ein Hinweis darauf, dass für die Dienstleistung ein Bedürfnis besteht.

Die IIZ-Koordinationsstelle ist der Abteilung Sozialhilfe der DISG angegliedert. Zur Trägerschaft für den Betrieb der Stelle im Kanton Luzern gehören die

Dienststelle Wirtschaft und Arbeit des Kantons Luzern (wira), die IV-Stelle Luzern und der Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZiSG) als Vertreter von Gemeinden und Kanton.

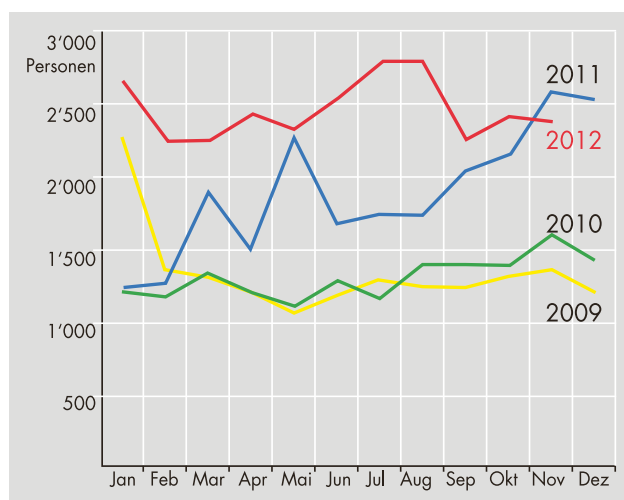
Betreuung und Unterbringung im Asylbereich

Auf die ganze Schweiz bezogen, war 2012 ein Jahr mit wiederum mehr neuen Asylgesuchen (siehe Grafik 1). Auch die Zahl der Zuweisung Asylsuchender an den Kanton Luzern ist, bei relativ grossen monatlichen Schwankungen, im Schnitt über das Jahr hoch geblieben. Gegen Ende Jahr – in den Monaten, die sich früher stets durch erhöhte Zahlen ausgezeichnet hatten – war jedoch ein Rückgang festzustellen. Hier wirkt sich das Abkommen mit dem Bun-

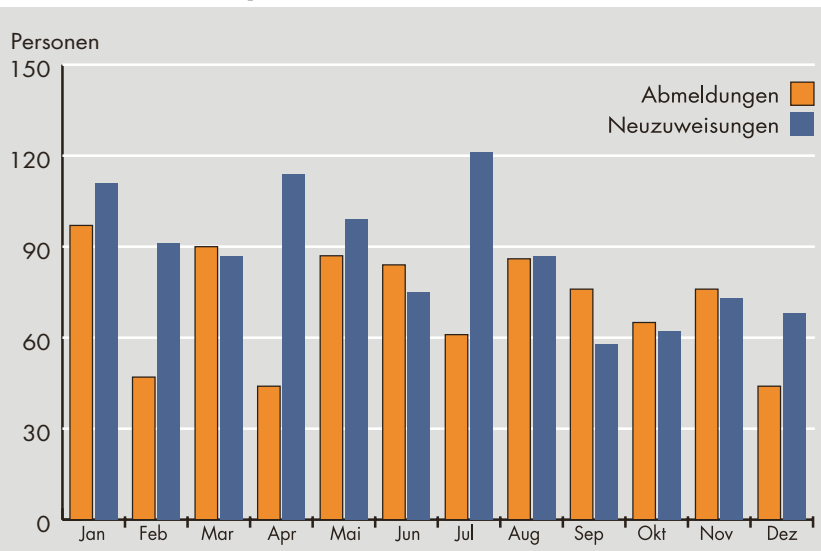
desamt für Migration aus, wonach im Bundeszentrum Eigenthal untergebrachte Asylsuchende dem Verteilschlüssel für den Kanton Luzern angerechnet werden.

Der Kanton Luzern hat, als Reserve, die Planung von zwei neuen Asylzentren in Kriens und Luzern mit je 100 bis 120 Plätzen vorangetrieben. Ein weiteres Projekt in Fischbach ist zurzeit von Beschwerden gegen die Baueingabe blockiert. Ferner wurden in der Zivilschutzanlage Eichhof von April bis Ende September befristete Plätze geschaffen. Die Anlage wurde gut geführt, so dass die Nachbarschaft, das angrenzende Altersheim und Gewerbe mit dem Betrieb sehr zufrieden waren. Caritas Luzern, die im Auftrag des Kantons die Zentren betreibt, hat die Beschäftigung der Asylsuchenden im Zentrum Eichhof modellhaft sichtbar gemacht: Asylsuchende haben in der Stadt Luzern verschiedene Grünanlagen gepflegt.

Grafik 1
Monatliche Gesuchsentwicklung



Grafik 2
Neuzuweisungen und Abmeldungen von Asylsuchenden 2012



Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene

Luzern ist zusammen mit Basel Stadt und Zürich einer der wenigen Kantone, die vorläufig Aufgenommene nach den SKOS-Richtlinien für die Sozialhilfe statt nach reduzierten Ansätzen unterstützen. Fördern diese Mittel auch eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt? Vergleichszahlen aus einem Monitoringbericht, den die Kantone Basel Stadt und Luzern 2011 erstellen liessen, zeigen jedenfalls, dass der Kanton Luzern eine überdurchschnittliche Eingliederung dieser Personenkategorie erreicht. Statt dieses Monitoring weiterzuführen, haben wir entschieden, an einer gesamtschweizerischen Studie des Bundesamtes für Migration «Erwerbsquote der vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlinge» teilzunehmen. Resultate sind 2013 zu erwarten.

Der Kurs Riesco (Integration im Gastrobereich) wurde ein weiteres Mal bewilligt. Ein neuer Logistik-Kurs, für den 2012 die Grundlagen erarbeitet wurden, ist startbereit. Ferner wurde immer wieder auch die individuelle Teilnahme an allgemeinbildenden Kursen bewilligt.

Ausserdem wurden in Zusammenarbeit mit Caritas Luzern Massnahmen zur frühen Förderung von Kindern dieser Familien ergriffen.

Dominik Wettstein, Abteilungsleiter Sozialhilfe

Zentrale Dienste und Finanzen

Gute Ausbildung dank Aufgabenvielfalt

Die Fülle der Aufgaben der Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG) ist spannend und fordernd zugleich. Die DISG ist deshalb besonders geeignet als Ausbildungsplatz für junge Kaufleute.

Vor bald sechs Jahren hat die damals neue Dienststelle Soziales und Gesellschaft die Büroräumlichkeiten an der Rösslimattstrasse 37 im SUVA-Gebäude beziehen dürfen. Unsere Aufgaben und auch der Personalbestand haben sich inzwischen ständig verändert und entwickelt. 2011 hat sich eine Lösungsmöglichkeit für unser Raumproblem ergeben, und im Dezember hat der Regierungsrat grünes Licht gegeben, Büroräumlichkeiten im gleichen Gebäude dazu mieten zu können. Im Mai 2012 konnte die Fachstelle Gesellschaftsfragen die zusätzlichen Büros im neuen Südteil – wie wir zu sagen pflegen – beziehen.

Zwei Ausbildungsplätze

Die neuen Büroräume bieten jetzt auch Platz für die zusätzliche Lehrstelle, die wir in den vergangenen Jahren schaffen konnten. Es ist uns ein grosses Anliegen, junge Leute auf Ihrem Ausbildungsweg begleiten, fördern und fordern zu können. Zurzeit bieten wir zwei Lehrstellen im kaufmännischen Bereich (Kaufrau/Kaufmann EFZ) an. Was für uns Mitarbeitende selbstverständlich ist, müssen die Lernenden Schritt für Schritt lernen:

Im ersten Lehrjahr führen wir die Lernenden in der Abteilung Zentrale Dienste in allgemeine administrative Aufgaben ein. Sie lernen Adressdateien korrekt zu führen, Anrufende am Telefon kompetent und freundlich zu beraten, die Post zu verteilen, Sitzungen zu organisieren, Mails zu managen und Vieles mehr. Es ist uns wichtig, den jungen Leuten einen guten Einstieg zu ermöglichen und ihnen Freude am gewählten Beruf zu vermitteln.

Im zweiten Lehrjahr können sie zunächst in der Abteilung Opferhilfe Genugtuungsgesuche bearbeiten, Rechtsmittelfristen überwachen, Akten einholen und Entscheide verschicken. Sie lernen die Schnittstellen der Administration zu den juristischen Mitarbeitenden kennen. Dann wechseln sie in die Abtei-

lung Soziale Einrichtungen. Hier bearbeiten sie Kostenübernahmegarantien, kontrollieren Rechnungen von Institutionen und setzen sich mit der Archivierung auseinander.

Komplexe Abläufe verstehen

In der ersten Hälfte des dritten Lehrjahres steht der Einsatz bei der Abteilung Sozialhilfe auf dem Ausbildungsprogramm. Die Lernenden werden in die Abwicklung des Schrift- und Zahlungsverkehrs gemäss Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) eingeführt. Diese komplexen Zusammenhänge verstehen zu können, ist anspruchsvoll. Im letzten halben Jahr der Ausbildung geht es dann darum, das Gelernte zu repetieren, verschiedene Aufgaben im Bereich Finanzen zu erledigen und sich gezielt auf das Qualifikationsverfahren vorzubereiten.

Die Ausbildung von Lernenden erfordert von den Ausbildenden Geduld, Einfühlungsvermögen, Geschick, Abläufe stufengerecht erläutern zu können und die jungen Leute immer wieder zu motivieren, auch weniger interessante Arbeiten zu erledigen. Wir sind überzeugt, dass wir mit der Ausbildung von Lernenden einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Gute junge Berufsleute sind für unsere Zukunft wichtig.

*Rahel Iff, Abteilungsleiterin
Zentrale Dienste und
Finanzen*



«Mein Traum»

Alma Sabedini, unsere Lernende im dritten Lehrjahr, hat im GSD-Newsletter vom Dezember 2012 zum Punkt «Mein Traum» Folgendes geantwortet: «Die Lehre erfolgreich abzuschliessen, einen guten Arbeitgeber und nette Kollegen zu haben, so wie jetzt.» Damit bestätigt sie uns, dass wir mit der Ausbildung auf dem richtigen Weg sind.

Ein Dank geht an dieser Stelle an alle Mitarbeitenden der DISG, die sich für die Ausbildung von Lernenden engagieren.
Merci!

Personalien · Nachrichten

Willkommen

Sarah Wittwer heisst die neue Mitarbeiterin der Opferberatungsstelle. Sie überbrückt seit November 2012 eine befristete personelle Vakanz. Sarah Wittwer ist ausgebildete Sozialarbeiterin und bringt berufliche Erfahrungen aus ihrer Tätigkeit im Frauenhaus Aargau-Solothurn mit. Dank dieser und des erfolgreichen Abschlusses des Fachkurses Opferhilfe gelang es ihr schnell, sich in die neuen Aufgaben einzuarbeiten. Das Team der Opferberatungsstelle wünscht Sarah Wittwer weiterhin viel Erfolg.
Kontakt: 041 228 74 00
sarah.wittwer@lu.ch



Rahel Zimmermann übernimmt vom 1. März bis Ende Juli 2013 im Bereich Gleichstellung der Fachstelle Gesellschaftsfragen die Mutterschaftsvertretung von Flurina Derungs. Rahel Zimmermann hat an der Universität Bern Politikwissenschaft studiert und war als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Eidgenössischen Büro für die



Gleichstellung von Frau und Mann tätig; ihr Arbeitsschwerpunkt war die Lohnungleichheit. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.
Kontakt: 041 228 67 15
rahel.zimmermann@lu.ch

Neu:

www.kinderbetreuung.lu.ch



Die Suche nach einem geeigneten Betreuungsangebot für ihr Kind ist für Eltern oft anspruchsvoll. Die Plattform www.kinderbetreuung.lu.ch erleichtert die Suche wesentlich. Die Website wurde von der Fachstelle Gesellschaftsfragen des Kantons Luzern grundlegend neu gestaltet und ist jetzt noch gezielter auf die Bedürfnisse der Eltern ausgerichtet. Diese finden darauf über 400 Angebote der Kinderbetreuung im Kanton Luzern. Zusätzlich verfügt die Seite über zahlreiche Informationen, welche Gemeinden und anbietende Organisationen in ihrer Arbeit unterstützen. Neu enthält www.kinderbetreuung.lu.ch auch eine Rubrik für Unternehmen, die sich im Bereich der Kinderbetreuung engagieren möchten. Ein breit gestreuter Flyer soll die Website bei den Eltern bekannt machen. Er ist auch auf Albanisch, Englisch, Portugiesisch und Serbokroatisch erhältlich.

Flyer bestellen: www.disg.lu.ch/kjf_publicationen

Mitwirkung durch Jugendliche

Die Fachstelle Gesellschaftsfragen unterstützt auch im Jahr 2013 Gemeinden aus dem Kanton Luzern finanziell, die die Abstimmungsbroschüre «easyvote» an die Jugendlichen verteilen oder am Projekt «Jugend mit Wirkung» teilnehmen. Beim Projekt «Jugend mit Wirkung» erarbeiten Jugendliche gemeinsam mit Erwachsenen an einem eintägigen Workshop konkrete Projekte für ihre Gemeinde. Die Broschüre «easyvote»

informiert Jugendliche altersgerecht bei kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen. Weitere Informationen und Anmeldeformular: www.disg.lu.ch (> Kind-Jugend-Familie > Unterstützung von Mitwirkungsprojekten).

LUSTAT Jahrbuch 2013:



Der Kanton Luzern als statistisches Puzzle

Statistiken funktionieren wie ein Puzzle: Aus einzelnen statistischen Bereichen – oder eben einzelnen Zahlen – entsteht ein Gesamtbild. Das Jahrbuch 2013 von LUSTAT Statistik Luzern behandelt in 19 statistischen Bereichen die Themen Arbeit und Erwerb, Mobilität und Verkehr, soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung und Wissenschaft, Demografie, Politik und öffentliche Finanzen sowie viele andere mehr. Weitere Informationen und Bestellung: www.lustat.ch



Gesundheits- und Sozialdepartement
**Dienststelle Soziales und Gesellschaft
DISG**

Rösslimattstrasse 37
Postfach 3439
6002 Luzern
Telefon 041 228 68 78
Telefax 041 228 51 76
www.disg.lu.ch
disg@lu.ch

Auflage: 2300 Ex.

Gestaltung: creadrom.ch, Luzern

Fotoquellen: S. 1, 4 Dany Schulthess © DISG, LUSTAT; DISG zVg.

InfoDISG abbestellen:

E-Mail an: disg@lu.ch